

## Deutschland und die Staatlichkeit Litauens im 20. Jahrhundert

von Alfonsas Eidintas

Da der Großteil der litauischen Bevölkerung mit der dritten Teilung des litauisch-polnischen Staates im Jahre 1795 zum Russischen Reich gekommen war, hatte die litauische Nationalbewegung Ende des 19. Jahrhunderts einen sehr klaren Feind in ihrem Aufbauprogramm für einen eigenen Staat. Deutschland, das bis 1904 den Druck litauischer Bücher und Zeitschriften in Tilsit und an anderen Orten sowie deren heimliche Beförderung nach Litauen durchaus tolerierte, sympathisierte jedoch mit dieser Nationalbewegung nicht sonderlich. Die Ursache waren 200 000 Litauer in Ostpreußen. Sofern engere Kontakte zwischen ihnen und Großlitauern entstanden, wurden sie gleich auf irgendwelche Weise geschwächt, z. B. durch Einschränkung der Möglichkeiten des Grenzüberganges oder durch polizeiliche Überwachung bestimmter Persönlichkeiten. Es war vielleicht für Deutschland vom militärischen Standpunkt aus nützlich, daß zwischen 1868 und 1914 fast 250 000 junge Litauer im dienstpflchtigen Alter die Grenze nach Deutschland überschritten und über deutsche Städte nach Amerika auf Arbeitssuche gingen.

Für die Deutschen dürfte trotzdem klar gewesen sein, daß Großlitauen kulturell die litauischsprachige Bevölkerung Kleinlitauens nicht anzog und wahrscheinlich auch künftig nicht anziehen würde, zumal das Verhältnis durch Unterschiede im kulturellen Milieu, in der kirchlichen Zugehörigkeit, im ökonomischen Niveau und in der Infrastruktur gestört war.

Obwohl Deutschland die Aktivisten der litauischen Nationalbewegung nicht unterstützte, waren bis zur Aufhebung des Verbots der litauischen Presse im Russischen Imperium 1904 die USA und Ostpreußen die wichtigsten und größten ökonomischen und kulturellen Basen dieser Bewegung.

Folgt man Professor A. Voldemaras, wurde die litauische Frage während des gesamten 19. Jahrhunderts entweder als untrennbarer Bestandteil der polnischen Frage oder als rein innerrussisches Problem behandelt — und das sogar unter dem Aspekt, daß Rußland unbestrittene Rechte auf Litauen habe.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> A. Voldemaras, *Lithuanie et Pologne*. Berlin 1920, S. 38.

Inzwischen war die Wiederherstellung eines eigenen Staates das endgültige Ziel der litauischen nationalen Bewegung. Während des Aufstandes von 1863 forderten die Litauer die Wiedererrichtung des litauisch-polnischen Gemeinwesens, im Dezember 1905 auf dem großen Sejm von Vilnius hingegen die ethnographische Autonomie Litauens. Hierzu ist anzumerken, daß lange genug diskutiert wurde, welcher Staat wiederhergestellt werden soll: ein Vielvölkerstaat nach der Tradition des Großfürstentums Litauen, oder ein monoethnischer Staat im ethnographischen Rahmen. Da die Führer der nationalen Bewegung für ihr Volk eine politische Organisation wünschten, die ihm die Dominanz im eigenen ethnographischen Gebiet und nicht bloß die Stellung einer nationalen Minderheit gewährleistete, lehnten sie die Idee der Wiederherstellung des Großfürstentums Litauen ganz einfach ab.

Vor diesem Hintergrund soll nun die deutsche Rolle beim litauischen Ringen um staatliche Unabhängigkeit im 20. Jahrhundert an drei Hauptknotenpunkten verdeutlicht und kritisch gewürdigt werden.

### **1. 1917–1919: Wechselseitige Interessen**

Am Anfang des 20. Jahrhunderts schienen die Litauer, was den Gewinn ihrer politischen Freiheit anbelangt, in einer hoffnungslosen Lage zu sein. Der Großteil des litauischen Territoriums wurde vom gewaltigen Russischen Reich verwaltet, und „Kleinlitauen“, wie es von den Litauern genannt wurde, gehörte zum Deutschen Reich. Erst der Ausbruch des Weltkrieges veranlaßte die litauischen Führer zu neuen Aktivitäten. Zunächst erklärten sie dem Zaren ihre Treue in der Hoffnung, für ihr Land die Autonomie zu erhalten und, nach dem Sieg über Deutschland, auch Memel und andere Gebiete Kleinlitauens hinzuzugewinnen.

Doch die Wirklichkeit erschien komplizierter. Während die russische Regierung auf diese „Bernsteindeklaration“ überhaupt nicht reagierte, bestimmten erfolgreiche Kampfhandlungen der Deutschen die weitere Entwicklung. Mitte 1915 stand in Litauen schon nicht mehr die russische, sondern die deutsche Armee.

Die Pläne der Deutschen sollten jetzt auch für die Litauer klarer hervortreten, obwohl manche ihre recht deutlichen Ansichten nicht öffentlich kundtun wollten. So schrieb Reichskanzler Bethmann Holl-

weg schon am 11. August 1914 dem deutschen Botschafter in Wien, daß es im Falle eines siegreichen Krieges erforderlich sei, einige Pufferstaaten zwischen Rußland, Deutschland und Österreich-Ungarn zu errichten und dadurch Rußland möglichst weit nach Osten zurückzudrängen.<sup>2</sup>

Nach Meinung der meisten Litauer besaß Deutschland, als es Litauen besetzte, kein spezielles Programm für dessen Zukunft, zumal auch Bethmann-Hollweg im Reichstag erklärte, daß Deutschland an die nationalen Fragen nicht gedacht habe. Gegenüber Polen verhielt man sich nach einer entsprechenden positiven Deklaration der russischen Regierung vorsichtig und abwartend. (Als Deutschland den Krieg zu verlieren begann, bemühte man sich polnischerseits, die öffentliche Meinung der Entente davon zu überzeugen, daß Litauen ein Hät-schelkind Deutschlands sei.<sup>3</sup>

Tatsächlich waren die Deutschen angenehm überrascht, als sie feststellten, daß die Litauer keine Union mit Polen wünschten. Sie sahen darin eine Erleichterung ihrer Lage, begannen, die litauische Frage etwas genauer zu untersuchen und gelangten dabei zu der Auffassung, daß jetzt Polen — angesichts ihrer Forderungen nach Vilnius und Litauen — und Litauer gegeneinander ausgespielt werden könnten.

Allerdings läßt sich auch gegenteilig argumentieren, daß die Deutschen, als sie 1915 das litauische Territorium besetzten, sehr wohl wußten, wo sie sich befanden. Eine „seltsame“ Übereinstimmung des deutsch-russischen Frontverlaufs mit den Aufteilungsgrenzen des alten polnisch-litauischen Staatswesens sowie dem späteren „Großlitauen“, das in den deutschen politischen Perspektiven in Erscheinung trat, andererseits die ersten 1914/15 von den Truppen des Deutschen Reiches verbreiteten Aufrufe über die siegreichen Kämpfe auf dem Schamaitengebiet, und später die Projekte „Kleinlitauens“ zeugen davon, daß die Deutschen schon am Anfang des Krieges eine ganz klare Vorstellung vom historisch-geographischen, d. h. großfürstlichen und vom ethnopolitischen Litauen hatten. Das Problem auf deutscher Seite bestand anscheinend darin, wie man diese Vorstellung benutzen und ob man sie überhaupt benutzen sollte (genau das illustriert die Uneinigkeit zwischen der Reichsleitung und der Heereslei-

<sup>2</sup> F. Klein, W. Gutsche, J. Petzold (Hrsg.), Deutschland im Ersten Weltkrieg. Bd. 1, Berlin 1968, S. 353.

<sup>3</sup> A. Voldemaras, Lithuanie et Pologne, S. 38; Professorius Augustinas Voldemaras. Raštai (Werke). Chicago 1973, S. 214.

tung, ob es zweckmäßig sei, die Litauer zum Aufstand anzustacheln. Das Deutsche Außenamt befürwortete schon 1914 eine solche Politik, doch ihr widersetzten sich die Militärs).

Die internationale Konstellation bedingte, daß der schon am Anfang des Krieges entstandenen Idee der „Randstaaten“-Politik im Osten der Vorrang gegeben wurde. Ihr sollten schließlich auch die Militärs zustimmen, die Litauen grundsätzlich nur als militärischen und ökonomischen, zu Deutschland gehörenden Aufmarschraum oder aber als Objekt von separaten Friedensvertragsverhandlungen mit Rußland ansahen. „Randstaaten“-Idee hieß Einrichtung von durch Deutschland überwachten Strukturen im künftigen Osteuropa.

Daß die Litauer in den Realisierungsbereich dieser Idee gerieten, wurde hauptsächlich durch den polnischen Faktor oder, um noch genauer zu sein, durch die allmähliche Verwandlung Polens aus einem „Faktor“ zum konkreten strategischen Objekt der deutschen Ostpolitik bewirkt. Eine positive Lösung der litauisch-polnischen Beziehungen untereinander oder die gelungene Einverleibung Litauens durch die Polen (wonach diese auf jeden Fall strebten) riefen für Deutschland die Gefahr einer Isolierung von Rußland ohne das Vorhandensein direkter gemeinsamer Grenzen hervor. Deshalb sollte mit der litauischen Frage (Vilnius!) manipuliert werden. Nach E. Zimmerles „Memorandum“<sup>4</sup> vom Juni 1919 wurde aber die „litauische Politik“ übertrieben, weil man nicht voraussah, daß sich die litauische politische Bewegung zum Streben nach Unabhängigkeit entwickelte. Angesichts der von der Russischen Revolution 1917 verkündeten Prinzipien glaubte man in Berlin, nicht mehr die offene Annexion Litauens anstreben zu sollen. Statt dessen wollte man völlig von Deutschland abhängige Staaten errichten. Als die polnischen Pläne scheiterten und erst recht, als es den Deutschen nicht gelang, eine polnische Armee aufzustellen, begannen sie, sich erneut für Litauen zu interessieren. Schon Baron Friedrich von der Ropps Memorandum vom 10. Juli 1917 an den Kaiser sprach nicht nur von der Gefahr, die die Polen für Deutschland darstellen, sondern auch und gerade von der Notwendigkeit, die Litauer bei der Bildung eines nationalen „Landesrats“ (Taryba) zu unterstützen, der umgehend antirussisch

<sup>4</sup> E. Zimmerle war der Generalbevollmächtigte Deutschlands für Litauen in den Jahren 1918-1919, später Gesandter Deutschlands in Litauen. Die Publikation dieses Dokuments liegt in deutscher Sprache vor, siehe: Lietuvos istorijos metraštis. 1974 metai (Jahrbuch der Geschichte Litauens, Jahrgang 1974.). Vilnius 1976, S. 121-125.

und antipolnisch agieren sollte.<sup>5</sup> Diesen Vorschlag machte sich auch die Oberste Heeresleitung sofort zu eigen.

Litauische Politiker sollten auf Repressalien, Zensur und darauf reagieren, daß ihre nationalen Aspirationen nicht berücksichtigt wurden. Dabei dürften verschiedene, von ihrem Zentrum in Vilnius verfaßte Denkschriften sie selbst stärker beeinflußt haben als die deutschen Stellen vor Ort oder in Berlin. Paradoxerweise zogen die Besatzungsmacht und der deutsche Faktor ganz allgemein die Litauer regelrecht in die Politik hinein, mußte man jetzt doch an den Diskussionen nicht nur mit den Polen, sondern auch mit den zivilen und militärischen Stellen der Besatzungsmacht, dem katholischen Zentrum im Reichstag sowie Vertretern des Außenamtes teilnehmen. So schrieb P. Klimas, einer der litauischen Führer, im Juni 1917 in sein Tagebuch: „Wir bemerken das selbst, wie wir durch diese Anwesenheit der Deutschen politisch reifer werden. Unsere Ansichten werden immer klarer. Die Lösung in Gestalt der Unabhängigkeit, ihre Verwirklichung, ‚Orientierung‘ nach Westen kristallisieren sich heraus.“<sup>6</sup> Freilich folgt hier auch eine weitere Bemerkung bzw. Idee, die die Deutschen kaum entwickelt sehen wollten: „Beim Aufbau Litauens sollen die Litauer entscheiden.“

Dem politischen Zentrum in Vilnius wurde klar, daß auf internationaler Ebene die litauische Frage mehr oder weniger nur Deutschland voranbringen konnte, denn Rußland versprach auch weiterhin nichts, und die zur Entente gehörenden Länder waren Verbündete Rußlands. Die Litauer nahmen das deutsche Versprechen an, die Einberufung des Vertrauensrates zu erlauben, aber sie erzwangen das Recht, vorher eine Tagung einzuberufen, die die Taryba des Landes (Landesrat) zu wählen hatte. Man wußte, daß Deutschland dafür Zusagen und Konventionen fordern würde, aber, wie A. Smetona am 2. August 1917 in einer Sitzung des Organisationskomitees zur Einberufung der Konferenz argumentierte, sollte man zunächst einmal das Ende des Krieges abwarten und bis dahin „spekulieren“. Die litauische Position sei stärker als die der Letten oder Esten, die keine staatliche Tradition haben. Die Kultur befinde sich in Deutschland, ökonomische Beziehungen — so Smetona weiter — richten sich nach Westen, wissenschaftliche und technische Gedanken kommen ebenfalls aus

<sup>5</sup> E. Demm, Friedrich von der Ropp und die litauische Frage (1916–1919), in: Zeitschrift für Ostforschung 33 (1984), 1, S. 16–56.

<sup>6</sup> P. Klimas, Dienoraštis (Tagebuch), 1915. XII.1 — 1919.I.19. Chicago 1988, S. 176.

Deutschland. Deshalb sei es notwendig, mit den Deutschen einen Kompromiß zu schließen; „eine Hälfte ist besser als nichts“, erklärte Smetona und meinte damit die Unabhängigkeit Litauens.<sup>7</sup>

Diese Gedanken waren nicht nur konjunkturbedingt, durch die politische Lage hervorgerufen. An der schwierigen Annäherung schienen beide Seiten interessiert zu sein: Die Litauer hatten gar keine andere Wahl, und die Deutschen brauchten Zusagen der litauischen Taryba zu vier Konventionen. Sie übten deshalb Druck aus, um die Annahme einer entsprechenden Deklaration herbeizuführen, und die litauische Taryba, die am 11. Dezember 1917 im ersten und entscheidenden Punkt die Unabhängigkeit Litauens mit Vilnius als Hauptstadt erklärte, ging mit dem zweiten Punkt den zwangsläufigen Kompromiß ein: „Bei der Aufrichtung dieses Staates und zur Wahrnehmung seiner Interessen bei den Friedensverhandlungen erbittet der Landesrat den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches. In Anbetracht der Lebensinteressen Litauens, welche die alsbaldige Herstellung dauernder und enger Beziehungen zum Deutschen Reich verlangen, tritt der Landesrat ein für ein ewiges, festes Bundesverhältnis des litauischen Staates mit dem Deutschen Reich, das seine Verwirklichung vornehmlich in einer militärischen, einer Verkehrs-Konvention, Zoll- und Währungsgemeinschaft finden soll“.<sup>8</sup>

Diese Bedingungen ergaben sich aus dem vorläufigen Vertrag vom 11. Dezember zwischen der Taryba und dem deutschen Außenamt. Litauen erklärte seine Unabhängigkeit, den Abbruch aller staatlichen Beziehungen zu anderen Ländern und mußte zugleich ein ewiges Bundesverhältnis nicht nur mit der Obersten Heeresleitung, sondern auch mit der Reichsregierung sowie mit den Parteien im Reichstag eingehen.

Der Beschluß vom 11. Dezember wurde hart kritisiert. Das Verwaltungssystem in Litauen blieb unverändert, obwohl sein eigensinniger Leiter F. Isenburg-Birstein abgelöst wurde. Trotz aller Zusagen und Versprechungen war Deutschland immer noch nicht bereit, die Unabhängigkeit Litauens anzuerkennen. Dementsprechend war Litauen auch nicht bei den Friedensverhandlungen von Brest vertreten.

<sup>7</sup> Protokoll des Organisationskomitees zur Einberufung der litauischen Konferenz am 1.-4. VIII. 1917. Original in der Manuskriptabteilung der Bibliothek der Akademie der Wissenschaften Litauens, Sign. F. 165. B. 156. L. 17-18.

<sup>8</sup> P. Klimas, Der Werdegang des Litauischen Staates von 1915 bis zur Bildung der provisorischen Regierung im November 1918. Berlin 1919, S. 107.

Die dadurch bewirkte allgemeine Unzufriedenheit im Lande und heftige Tarybadebatten führten schließlich zu einer neuen Einigungsformel, die in der Unabhängigkeitsakte Litauens vom 16. Februar 1918 so ihren Niederschlag fand: „Die litauische Taryba (Landesrat) hat in ihrer Sitzung vom 16. Februar 1918 einstimmig beschlossen, folgende Adresse an die Regierungen Rußlands, Deutschlands und anderer Staaten zu richten:

Die litauische Taryba als einzige Vertretung des litauischen Volkes proklamiert auf Grund des anerkannten Selbstbestimmungsrechtes der Völker und des Beschlusses der in Wilna vom 18. bis 23. September 1917 abgehaltenen litauischen Konferenz die Wiederherstellung eines auf demokratischer Grundlage aufgebauten unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna und seine Abtretung von allen staatlichen Verbindungen, die mit anderen Völkern bestanden haben. Gleichzeitig erklärt die litauische Taryba, daß die Grundlagen dieses Staates und seine Beziehungen zu den anderen Staaten durch eine möglichst bald einzuberufende konstituierende Versammlung, die von allen Einwohnern auf demokratischer Basis zu wählen ist, endgültig festgelegt werden sollen“.<sup>9</sup>

Schon am 30. November 1917 war in Berlin im Reichstagsgebäude die Deutsch-Litauische Gesellschaft gegründet worden. Zu ihren prominenten Mitgliedern zählten unter anderem Matthias Erzberger, Professor Dr. Alfred Weber, Baron Keyserlingk, Dr. Ludwig Haas, Dr. Paul Nathan, Gustav Noske, Baron Friedrich von der Ropp. Im Januar 1918 schlossen sich weitere Persönlichkeiten aus dem Wirtschafts-, Bildungs- und Kulturleben an, darunter der Publizist Dr. Paul Rohrbach, der Bankier Dr. Hjalmar Schacht, der Schriftsteller Hermann Sudermann und Dr. Erich Zechlin. Das Ziel der Gesellschaft war, Beziehungen zwischen beiden Ländern auf allen Gebieten zu unterhalten und damit die weitere Entwicklung gegenseitiger Interessen zu vergrößern. Aber die Zusammensetzung der Gesellschaft wie ihre Zeitschrift mit dem Titel „Das neue Litauen“ offenbarten, daß es sich nur formal um eine deutsch-litauische Gesellschaft handelte, und ihr Aktionsplan vom 18. Januar zeigt, daß sie nur den Transport überflüssiger deutscher technischer und intellektueller Kräfte nach Litauen bewerkstelligen wollte.<sup>10</sup> Im übrigen belegen Pressebeiträge von

<sup>9</sup> Ebenda S. 114.

<sup>10</sup> M. Urbšienė, Vokiečių karo metų spauda ir Lietuva (Die deutsche Presse der Kriegszeit über Litauen.), in: Karo archyvas (Kriegsarchiv) T. 7. Kaunas 1936, S. 189–191.

Rohrbach, Weber und Sehring höchst eindeutig die Absicht, Litauen als Teil eines deutschen Mitteleuropa so eng wie nur möglich an das Deutsche Reich anzulehnen.<sup>11</sup>

Zugleich durfte — auf Anordnung der Besatzungsverwaltung — die Unabhängigkeitsakte vom 16. Februar weder in Litauen noch in Deutschland veröffentlicht werden. Während die Taryba nun erst recht die Anerkennung der Unabhängigkeit Litauens verlangte, verweigerte Reichskanzler Hertling erneut diesen Schritt. Erst am 23. März 1918 unterzeichnete der Kaiser die Anerkennungsakte, in der betont wurde, daß „wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärung des litauischen Landesrats vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reiches Litauen als einen freien und unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen, und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird“.<sup>12</sup>

Auf solche Weise wurde die Unabhängigkeit Litauens notifiziert. Die anderen angekündigten vertraglichen Schritte vollzog Deutschland später nicht. Zur Kompliziertheit trug ferner bei, daß die Deutschen auch sonst nichts in Litauen veränderten; das Besatzungsregime blieb erhalten, wurde sogar noch strenger. So ist die Bildung der litauischen Regierung zum Gegenstand des Spottes geworden, während Annexions-, Kolonisierungs- und Germanisierungspläne zur Realität zu werden drohten.

Im Sommer 1918 verstärkte sich der Einfluß der litauischen Monarchisten, die dachten, daß die Zentrumspartei im Deutschen Reichstag eine Monarchie des katholischen Litauen unterstützen werde. Außerdem wollte man eine Verwirklichung von Plänen verhindern, Litauen mit Sachsen oder Preußen zu vereinigen. Deshalb wählte die Taryba

---

<sup>11</sup> Über die Orientierung der litauischen Taryba eingehender: A. Eidintas, Views on Foreign Policy within the Lithuanian State Council 1917–1919, in: *Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensis* 8 (1991), S. 373–380.

<sup>12</sup> Klimas, *Der Werdegang ...* S. 119.

am 13. Juli den Württemberger Herzog von Urach als Mindaugas II. zum König Litauens.<sup>13</sup>

Eine Krise in Deutschland beendete die Auseinandersetzung. Obwohl in Litauen das Besatzungsregime weiter hart geblieben war, erklärte der neue Kanzler Max von Baden am 5. Oktober 1918 im Reichstag, daß Deutschland das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne und ihnen erlaube, darauf fußend Staaten und Regierungen zu bilden. Dementsprechend erhielt am 20. Oktober das Präsidium der Taryba die Erlaubnis, die litauische Regierung zu bilden. Sie kam, nach Auflösung der Monarchie, am 11. November 1918 unter der Leitung von A. Voldemaras zustande. Es begann das Aufbauwerk des Staates. Auf diese Weise hob Deutschland, wenn auch nicht absichtlich, die litauische Frage auf die Ebene der internationalen Politik.

Als dann (im Dezember 1918/Januar 1919 und später) bolschewistische Truppen in Litauen eindringen, spielte die verstreute, nach Hause strebende deutsche Armee noch einmal eine wichtige Rolle: Dank der Verteidigungsanlage, die sächsische Freiwillige auf der Linie Grodno-Alytus-Kaunas errichteten, konnte in aller Eile eine litauische Armee aufgestellt werden, die sich in den Kämpfen gegen die Bolschewiki behauptete. Insoweit spielte Deutschland eine höchst positive Rolle, obwohl die Litauer sich ständig über schlechte Waffenlieferungen, den Verlust der von Polen besetzten Stadt Vilnius und, nach Vertreibung der Bolschewiki, auch über den zu langsamen Abzug der deutschen Truppen beklagten.

Im Sommer 1919 hörte Deutschland auf, als ein Schutzschild in der Frage der Unabhängigkeit Litauens zu fungieren. Diese Rolle übernahm jetzt Großbritannien. Die Beziehungen zu Deutschland sind durch R. von der Goltz und nachfolgende Abenteuer der Bermond-Awalow-Truppen eine Zeitlang noch komplizierter geworden.

---

<sup>13</sup> Die Verhältnisse der Taryba zu den politischen Schichten Deutschlands in dieser Periode sind von M. Bienhold ausführlich dargelegt: Die Entstehung des litauischen Staates in den Jahren 1918-1919 im Spiegel deutscher Akten. 2. Auflage, Bochum 1978, S. 408. Die Positionen und die Diskussionen der Litauer sind in den Protokollen der Sitzungen der Litauischen Taryba in den Jahren 1917-1918 dokumentiert. Sie wurden publiziert unter dem Titel: A. Eidintas, R. Lopata (Hrsg.), Lietuvos Valstybės Tarybos protokolai 1917-1918 (Protokolle des Litauischen Staatsrates), Vilnius 1991.

## 2. 1940–1941: Gefangen in Illusionen

In einem geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 einigten sich die beiden Vertragspartner über ihre Interessensphären in Osteuropa. Litauen lehnte den geheimen Vorschlag Deutschlands ab, gemeinsam Polen anzugreifen und dafür die besetzte Stadt Vilnius zurückzuerhalten, obgleich ein Teil der Litauer wohl damit einverstanden gewesen wäre. Nach der Abtretung des Memelgebietes hatte die litauische Regierung, auch wenn sie es gewünscht hätte, kein moralisches Recht mehr, sich der nationalsozialistischen Außenpolitik anzuschließen. Zwar erklärte sie am 1. September 1939 ihre Neutralität im Krieg um Polen. Damit konnte indessen nicht verhindert werden, daß durch das deutsch-sowjetische Abkommen vom 28. September das Land mit Ausnahme einiger Gebiete um Suwalki und Marijampole dem Einflußbereich der Sowjetunion überantwortet wurde.

Der eigentliche Sinn der Vereinbarungen zwischen Moskau und Berlin trat besonders klar zutage, als die Repatriierung der Deutschen aus Lettland und Estland begann. In Litauen wurde die Aktion etwas später durchgeführt. Zusammen mit 35 000 Deutschen wurden auch 21 000 Litauer, die ihre deutsche Herkunft nachgewiesen hatten, repatriert. Doch die Abgrenzung der Interessensphären interpretierten die beiden Staaten unterschiedlich. Die UdSSR sah darin die Möglichkeit, die in ihren Einflußbereich geratenen Staaten gleich zu annektieren, während Deutschland, jedenfalls in bezug auf die baltischen Länder, eine etwas andere Haltung einnahm. Gegen deren Annexion durch die Sowjetunion hat es jedoch keine Einwände erhoben, zumal der Schritt im Rahmen der genannten Verträge über die beiderseitigen Interessensphären erfolgte. So wurden mit einer Note der Reichsregierung vom 11. August 1940 die Botschaften und Konsulate der baltischen Länder in Deutschland geschlossen und zum Teil der Sowjetunion übergeben.

Inzwischen hatte in Litauen die Bildung einer Widerstands- und Untergrundbewegung gegen das Stalinregime begonnen. Nach dem Verlust der Unabhängigkeit erschien die Abtretung des Memelgebiets als nicht mehr so schmerzhaft. Ein Teil der litauischen Politiker hegte Illusionen, mit Hilfe Deutschlands die Staatlichkeit Litauens wiederherstellen zu können.

Am 17. August 1940 besprach der ehemalige litauische Botschafter in Berlin K. Škirpa mit dem gerade in Berlin weilenden Präsidenten A.

Smetona diese Idee und dessen nicht sehr klare Haltung zur Bildung einer litauischen provisorischen (Exil-)Regierung. Als dann die litauischen Auslandsdiplomaten vom 19. bis 25. August in Rom tagten und die Einverleibung Litauens in die UdSSR scharf verurteilten, untersagten sie K. Škirpa nicht, sich in Deutschland zu engagieren, um das mögliche Zunichtewerden des deutsch-sowjetischen Paktes zugunsten Litauens auszunutzen.<sup>14</sup>

Am 17. November 1940 gründeten 28 politische Flüchtlinge aus Litauen in Berlin die litauische Aktivistenfrente LAF. Ihr führender Kopf K. Škirpa stand, als er Ziele und Strukturen der LAF festlegte, (durch den Oberstleutnant Dr. Gräbe) in Kontakt mit der deutschen Wehrmachtsführung, die an der Vorbereitung von Militär- und Diversionsoperationen bei einem eventuellen Konflikt mit der UdSSR interessiert war. Auch zu Funktionären der NSDAP und zum Auswärtigen Amt gab es Verbindungen. Die Hauptaufmerksamkeit der LAF galt natürlich dem Verlauf eines zukünftigen Aufstandes in Litauen, falls die Wehrmacht die UdSSR angreifen sollte.<sup>15</sup>

Der Aufstellung von Streitkräften und der Wiederherstellung des litauischen Staates widersetzte sich auf deutscher Seite am stärksten die Gestapo; sie ließ durch ihre Beamten Dr. Greffe und Dr. Girgen-son K. Škirpa im voraus davon unterrichten, daß Deutschland Akte des Wiederaufbaus des litauischen Staates nicht dulden werde.

Andererseits wuchs in Litauen nach einer bolschewistischen Verhaftungswelle und am 14. Juni begonnenen Deportationen nach Sibirien die Bereitschaft zu einem Aufstand. Unter dem Eindruck der Deportationen bewaffneten sich viele Einwohner und zogen in die Wälder. Am 21. Juni 1941 meldete der Kommissar des Staatssicherheitsdienstes der Litauischen SSR P. Gladkow in seinem Dienstbericht, daß bewaffnete Gruppen in Rokiškis, Prienai (20 Männer), Šiauliai und Utena festgestellt wurden.<sup>16</sup> Sie formierten sich offenkundig neben passiver Resistenz.

In Deutschland traten nur 60 bis 70 Organisatoren und etwa 500 Mitglieder der LAF in Aktion. Schon am 24. März 1941 bereitete die

<sup>14</sup> K. Škirpa, *Sukilimas Lietuvos suverenumui atstatyti. Dokumentinė medžiaga* (Aufstand zur Wiederherstellung der Souveränität Litauens. Dokumentarisches Material.). Washington, DC 1973, S. 43 u. 48.

<sup>15</sup> Ebenda S. 180-197.

<sup>16</sup> Selected Documentary Material on the Lithuanian Resistance Movement against Totalitarianism 1940-1960, in: *Lituanus* (Chicago) 1-2 (1962), S. 44.

LAF „Richtlinien für die Befreiung Litauens“ vor, die dazu aufforderten, nach dem Kriegsausbruch den Aufstand zu beginnen und Gefängnisse, Brücken, Fabriken, Eisenbahnknotenpunkte, Polizeireviere und andere wichtige Objekte zu besetzen. In Vilnius und Kaunas wurden Stabsstellen der Untergrundbewegung eingerichtet, ab Anfang Juni die Vorbereitung auf den Aufstand stark intensiviert.<sup>17</sup>

Am 22. Juni 1941 um 10 Uhr entschloß sich der Stab der LAF mit den Kampfgruppen des nationalen Großarbeitsschutzes (NASCH), deren Kern in Berlin aufgestellt worden war, den Aufstand zu beginnen. Am selben Tag besetzten NASCH-Gruppen die Post und den Rundfunksender in Kaunas. Insgesamt handelten hier 26 Partisanenabteilungen; das waren 3396 Männer, die bald, während des hastigen Rückzugs der Roten Armee, die Stadt unter ihre Kontrolle brachten. Die Wehrmacht marschierte in Kaunas, begrüßt von den Einwohnern, fast in Paradeordnung ein.

Am 23. Juni um 9.30 Uhr gab der Bevollmächtigte der LAF L. Prapuolenis über Radio Kaunas die Bildung der provisorischen litauischen Regierung bekannt. Ihre Zusammensetzung war im voraus mit dem Führer der LAF K. Škirpa vereinbart worden. Anstelle der von der Sowjetmacht verhafteten Minister wurden neue Männer kooptiert. Dem Generalfeldmarschall Keitel teilte Škirpa schriftlich mit, daß in den gemeinsam mit deutschen Truppen durchgeführten Kämpfen gegen die Rote Armee mehr als 4000 der besten Söhne Litauens gefallen seien.<sup>18</sup> Das ist deutlich mehr als die Zahl der damals auf litauischem Territorium gefallenen Wehrmachtssoldaten. Tatsächlich wurden in Vilnius und Kaunas, den zwei Aufstandszentren, nur insgesamt etwa 140 getötete Partisanen feierlich begraben.<sup>19</sup> Insgesamt dürften während des Aufstandes in Litauen ungefähr 500 Partisanen gefallen sein.

Die Zahl der Aktivistenopfer wurde aus zwei politischen Gründen absichtlich so stark überhöht. Einmal sollten dem Deutschen Reich die litauischen Verdienste und das auch dadurch erworbene Anrecht auf Wiederherstellung eines eigenen Staates vor Augen geführt werden. Zum anderen wollte man aber auch anzeigen, daß Litauen, sofern man ihm die Staatlichkeit verweigere, sehr wohl auch den Deutschen Widerstand leisten könne. Nach den vorliegenden Archivangaben

<sup>17</sup> L. Prapuolenis, Tautos istorinio laimėjimo sukaktis (Jahrestag eines historischen Sieges des Volkes, in: *Į Laisvę* (Chicago) 25 (1961), S. 8.

<sup>18</sup> LVA (Staatsarchiv Litauens). F. R. — 635. Ap. 1. B. 3. L. 250.

<sup>19</sup> Naujoji Lietuva (Das neue Litauen) 17 (1941); *Į Laisvę* 7 (1941).

bestand eine Partisanenabteilung durchschnittlich aus 17 Männern, gab es in ganz Litauen ungefähr 10 000 Partisanen!<sup>20</sup>

Die Aufständischen gaben sich der Illusion hin, daß das nationalsozialistische Deutschland helfen werde, wenigstens eine halbe Souveränität Litauens wiederherzustellen. Das ist nicht erstaunlich, erschien es doch, nach der Ansicht von Zeitgenossen, „schwieriger... den Aufstand abzuwenden, als ihn vorzubereiten, besonders wenn das mächtige Reich hier gleich hinter der Grenze steht“.<sup>21</sup> Es ist auch verständlich, daß die Aktivisten der LAF Einflüssen von nationalsozialistisch orientierten, antisemitischen Auffassungen unterlagen. Schon in der ersten Nummer (vom 24. Juni) ihrer Zeitung „Į Laisvę“ („In Freiheit“) wurde ausdrücklich betont, daß „der Bolschewismus und die Juden die gleichen und untrennbaren Dinge sind“.<sup>22</sup> Bolschewistischer Terror, Verhaftungen und Deportationen nach Sibirien, an denen jüdische Kommunisten aktiv teilgenommen hatten, riefen an manchen Orten Litauens gegen die Juden gerichtete Bluttaten hervor; freilich gibt es auch Hinweise, wonach diese scheinbar spontanen Aktionen hiesiger Einwohner gegen die Juden von speziellen Nazigruppen inspiriert und organisiert wurden.<sup>23</sup> Verhaftungen und Erschießungen fanden ebenfalls aus Rach- und Eigensucht statt: „Es gibt keine Stadt, kein Städtchen und keinen Bezirk, wo Litauer selbst Litauer nicht verhaftet haben“, schrieb damals der Staatsanwalt des Bezirks Šiauliai nieder.<sup>24</sup>

Die provisorische Regierung erließ unter der Leitung von J. Ambrazevičius (weil die Nazis Škirpa nicht erlaubt hatten, nach Kaunas zu reisen) am 25. Juni einen Aufruf „An das Volk“. Darin wurden die bolschewistische Okkupation und das kommunistische System verurteilt, in der Hoffnung auf eine staatliche Kontinuität Litauens dem Deutschen Reich Dankbarkeit für die Befreiung bekundet, die gefallenen Kämpfer geehrt und erklärt, daß „wir unabhängig sein wollen und entschlossen sind, uns aufzuopfern und Litauen alles hinzugeben“.

<sup>20</sup> V. Brandišauskas, Der Aufstand in Fakten. (Unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>21</sup> V. K. Trumpa, Škirpa „Sukilimą“ perskaičius (Skirpas „Aufstand“ lesend), in: Akiračiai (Chicago) 4 (1976), S. 5.

<sup>22</sup> K. P. Priespaudą numetant (Bedrückung abwerfend), in: Į Laisvę (Kaunas) Nr. 1 vom 24. Juni 1941.

<sup>23</sup> E. Klee, W. Dressen, V. Riess (Hrsg.), Schöne Zeiten. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer. Frankfurt a. M. 1988, S. 32 u. 35.

<sup>24</sup> LVA (Staatsarchiv Litauens) R — 1476. Ap. 1. B. 3. L. 110.

Zugleich beeilte sich die provisorische Regierung, einen Verwaltungsapparat aufzubauen, den der neue Besatzer schon vorfinden sollte: Im ganzen Land wurden das bis zum Krieg gültige Verwaltungssystem mit Beamtenschaft und das Bildungssystem wiederhergestellt, das Privateigentum zurückgegeben, Grund und Boden sowie Häuser mit Steuern belegt.

Die Wehrmachtsführung, die in den ersten Tagen des Marsches durch Litauen dessen Aktivisten und Verwaltung respektiert hatte, führte bald eine Rundfunk- und Pressezensur ein und verbot, über die litauische Regierung zu sprechen. Alle Beschlußrechte und -befugnisse gingen in die Hände des Reichsinnenministeriums, der SS und der Gestapo über. Der Gestapobeamte Dr. Greffe, der am 27. Juni den ehemaligen Chef der litauischen Armee General S. Raštikis aus Berlin nach Kaunas geleitete, erklärte zwar, daß die Deutschen ihre Beziehungen zu den Litauern nicht zuspitzen wollten, „aber die von K. Škirpa geleitete Regierung könne nicht von den Deutschen anerkannt werden ...“.<sup>25</sup> Den Vorschlag, sich fortan nur Vertrauensrat zu nennen, lehnte die Regierung ab. Daraufhin begann die Gestapo mit Provokationen gegenüber der litauischen Regierung und bemühte sich, sie zu spalten. Entschieden war alles mit Hitlers Anordnung über die Verwaltung neuer Gebiete vom 17. Juli: Litauen geriet in das Ostlandkommissariat. Als Generalkommissar für Litauen wurde am 25. Juli Adrian von Renteln eingesetzt und am selben Tag die provisorische Regierung aus ihren Diensträumen in Kaunas entfernt.

In einer Erklärung vom 5. August, mit der er die ganze Macht übernahm, legte von Renteln seine Funktionen dar. Die für die Nazis vorteilhafte bolschewistische Nationalisierung wurde wiederaufgenommen. Angelegenheiten der Deutschen und der Juden blieben außerhalb der Gerichtskompetenz. Deutsch wurde zur Amtssprache erklärt, obwohl Litauisch noch erlaubt blieb. Vollzogen wurde die Macht durch litauische Räte in der Spitze des Verwaltungsapparates. Die höchste Staatsgewalt ging ebenfalls in die Hände der Deutschen über, während die breiten Massen des Volkes litauischer Verwaltung unterstellt wurden.

So löste ein Besatzer den anderen ab. Nach einem Augenzeugenbericht „eroberten die Russen Litauen gründlich und sauber, die Deutschen eroberten es auch nackt, aber sie baten nicht, ihnen dafür die

---

<sup>25</sup> S. Raštikis, *Kovose dėl Lietuvos (Im Kampf für Litauen)*. T. 2, Los Angeles 1957, S. 167.

Hand zu küssen“. Von litauischen Staatsattributen konnte überhaupt keine Rede sein. Im Unterschied zu Rußland wandten die Okkupanten die „Taktik der verbrannten Erde“ auf die baltischen Länder, von einigen Ausnahmen abgesehen, nicht an. Deshalb galt als Feind Nummer eins in Litauen weiterhin die jetzt mit Wiederbesetzung drohende Sowjetunion; Deutschland wurde als Feind Nummer zwei betrachtet. Als die Litauer die Einberufung zum Militärdienst in die Wehrmacht und in SS-Divisionen boykottierten und so auch diese Sache verdarben, wurden ihre Universitäten geschlossen, bekannte Intellektuelle verhaftet und in KZ eingeliefert. Der Widerstand wuchs.

Obwohl die Litauer zwei deutsche Okkupationen erleben mußten, verminderten sich ihr Ärger und ihre Abscheu dadurch, daß das Stalinregime immer neue Leiden verursachte. Etwa 60 000 Litauer, die nach Deutschland verbannt worden oder 1944 emigriert waren, blieben dort und gingen später, nachdem sie den DP-Status erhalten hatten, weiter in die USA, nach Kanada und Australien. Bis Ende 1944 verließen deutsche Truppen endgültig Litauen. Wegen des verlorenen Krieges und wegen des Stalinschen Eisernen Vorhanges waren beide Länder keine Nachbarn mehr, hatten keine gemeinsame Grenze. Möglich blieben nur beschränkte, von Moskau kontrollierte Beziehungen zur DDR.

### 3. 1990–1991: Vorsichtige Kaufmannspolitik?

Der Regierungspolitik der Bundesrepublik Deutschland gegenüber den baltischen Ländern ist eine bestimmte Beständigkeit eigen: Sie ist eindeutig, stabil und sehr vorsichtig. Deutschland negierte seine Verantwortung für das Schicksal der baltischen Länder nicht, aber trat auch nicht als fleißiger Beschützer der Interessen dieser Länder hervor. Weder das Deutsche Reich noch die Bundesrepublik Deutschland haben die Annexion Litauens de jure anerkannt, und die Bundesrepublik Deutschland erkannte Pässe und Staatsangehörigkeit der baltischen Länder an, sofern sie von deren noch erhalten gebliebenen Vertretungen (im Westen) stammten. Mit einem Gesetz vom 25. April 1951 über heimatlose Ausländer wurde die Rechtsstellung der in Deutschland gebliebenen Kriegsflüchtlinge und Deportierten geregelt.<sup>26</sup>

<sup>26</sup> V. Bartusevičius, *Vokietijos politika Lietuvos atžvilgiu* (Deutschlands Politik gegenüber Litauen), in: *Atgimimas* (Vilnius) 40/1991, S. 8.

Die Bundesrepublik Deutschland weigerte sich, die Einverleibung der baltischen Staaten in die Sowjetunion anzuerkennen. Sie äußerte dies erstmalig 1953 in einer Lettland betreffenden Erklärung. Der deutsche Kanzler K. Adenauer betonte in seinem Schreiben vom 14. September 1953 an die sowjetische Regierung, die vorhandenen Beziehungen zwischen beiden Ländern bedeuteten nicht, daß die Bundesrepublik die Grenzen der UdSSR de jure anerkannt habe. Auch ein Kommuniqué des Auswärtigen Amtes vom 27. August 1970 nahm diese Haltung ein<sup>27</sup> und 1983 wiederholte der Staatsminister im Auswärtigen Amt A. Mertes in einem Schreiben an Baron H. Huyn: „Was die Annexion der baltischen Staaten durch die Sowjetunion anbelangt, so erkennt die Bundesregierung diese Annexion bekanntlich nicht an.“<sup>28</sup>

Anläßlich des 50. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges verurteilte Bundeskanzler Kohl vor dem Deutschen Bundestag die deutsch-sowjetischen Verträge von 1939 als schamlose Mißachtung der Unabhängigkeit und territorialen Integrität Polens, der baltischen Länder, Finnlands und Rumäniens.

Als Litauen am 11. März 1990 die Wiederherstellung seiner Unabhängigkeit proklamierte, erhielt es keinen bedeutenden politischen Beistand von Deutschland, obwohl die Einwohner Litauens und die Litauer im Ausland sowie selbst die öffentliche Meinung in Deutschland darum ersuchten. Die sowjetische Litauenpolitik mit Verhängung einer Wirtschaftsblockade und der Verweigerung von Verhandlungen zur einvernehmlichen Regelung der beiderseitigen Beziehungen veranlaßte vielmehr den deutschen Bundeskanzler, gemeinsam mit dem französischen Präsidenten F. Mitterrand am 16. April 1990 einen Brief an den litauischen Parlamentspräsidenten V. Landsbergis zu richten, in dem sie vorschlugen, den Beschluß über die Unabhängigkeit Litauens vom 11. März vorläufig zu suspendieren. Viele waren darüber enttäuscht. Am 4. Mai erklärte H. Kohl, daß man sich von den Folgen der jahrzehntelangen Hegemonie der UdSSR nicht mit einer einseitigen Erklärung, sondern nur durch wechselseitige Verhandlungen befreien könne.<sup>29</sup> Er forderte Vilnius auf, in diesem Sinne einen konstruktiven Dialog zu beginnen.

<sup>27</sup> J. H. Hough William, *The Annexation of the Baltic States and its Effect on the Development of Law Prohibiting Forcible Seizure of Territory*, in: *Journal of International and Comparative Law* 6 (1985), 2, S. 425 f.

<sup>28</sup> Ebenda S. 426.

<sup>29</sup> Bartusevičius, *Vokietijos politika ... (Deutschlands Politik ...)*, Nr. 41.

Ebenfalls im Mai 1990 erklärte der deutsche Bundeskanzler in Bonn der litauischen Ministerpräsidentin K. Prunskiene, Litauen möge nicht hundert Prozent auf einmal den Abzug der russischen Armee verlangen; auf diese Weise werde man, wie er behauptete, neunzig Prozent gewinnen.<sup>30</sup> Zugleich mahnte Außenminister H. D. Genscher immer wieder, das Verhalten Litauens solle keine peinliche Situation für die Großmächte schaffen.<sup>31</sup>

Ungeachtet dessen, daß an der Spitze der UdSSR Männer wie Jasow, Krjutschkow, Janaew, Pugo und andere standen, glaubte Frau Prunskiene damals, daß der Juli 1990 der günstigste Augenblick für Verhandlungen über die Unabhängigkeit Litauens war und daß man diese Unabhängigkeit nur gleichzeitig mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erreichen konnte. Sie hat diese Frage mit Kanzler H. Kohl und anderen deutschen Politikern erörtert. Kohl teilte Frau Prunskiene mit, daß er mit M. Gorbatschow tatsächlich über Litauen gesprochen habe und „Gorbatschow einverstanden ist, die Frage der Unabhängigkeit Litauens wohlwollend zu lösen“!<sup>32</sup>

Die Notwendigkeit, sich deutlich mit Bezug auf die baltischen Länder zu äußern, entstand nach der Vereinigung Deutschlands und der Unterzeichnung jenes Vertrages mit der UdSSR über gute Nachbarschaft, Partnerschaft und Zusammenarbeit, der auch und gerade von der Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen handelt. Die Regierung erhielt Anfragen der Abgeordneten H. Huyn (CSU) und Dr. Czaja (CDU/CSU) über ihre diesbezügliche Haltung, was das Baltikum anbelangt. Die Staatsministerin im Auswärtigen Amt I. Adam-Schwätzer antwortete darauf am 16. und am 23. Oktober 1990, daß Deutschland die Annexion der baltischen Staaten niemals anerkannt habe und sich daran auch in Zukunft nichts ändern werde.

Nach der sowjetischen Aggression und den blutigen Ereignissen vom 13. Januar 1991 in Vilnius zeigte sich der Bundeskanzler besorgt wegen der Gewaltanwendung in Litauen und teilte mit, daß er in einem Brief an M. Gorbatschow, unter Berufung auf die Pariser KSZE-Charta, für Litauen die Einhaltung des Prinzips der freien Selbstbestimmung angemahnt habe. Gorbatschow versprach ihm, keine Gewalt mehr in Litauen anzuwenden,<sup>33</sup> worauf H. Kohl am

<sup>30</sup> K. Prunskienė, Gintarinės ledi išpažintis (Beichte der „Bernsteindame“). Vilnius 1991, S. 77.

<sup>31</sup> Ebenda S. 62.

<sup>32</sup> Ebenda S. 72–77.

<sup>33</sup> Bartusevičius, Vokietijos politika ... (Deutschlands Politik ...), Nr. 41.

folgenden Tag bemerkte, daß „es für das Baltikum besser wäre, wenn es in seiner Politik hundert kleine Schritte machte und nicht mit zehn alles erlangen wollte“.

Trotz formeller Nichtanerkennung übte Deutschland die Rolle eines bestimmten Schutzschildes für Litauen aus und erkannte dabei dessen Höchsten Rat als freigewählten Willensvertreter des litauischen Volkes an. Litauische Politiker wurden in Bonn vom Kanzler persönlich und vom Außenminister empfangen, darüber hinaus Parlamentsdelegationen ausgetauscht. Der Freundeskreis Litauens im Bundestag vergrößerte sich bis auf einhundert Mitglieder.

Ursache der vorsichtigen Litauenpolitik Deutschlands war, daß M. Gorbatschow und die sowjetische Regierung mit einem Demokratisierungsprozeß innerhalb ihres Landes begonnen, immer neue Abrüstungsverträge unterzeichnet, den Ostblockländern die Freiheit gegeben, die Vereinigung der beiden deutschen Staaten ermöglicht und die sowjetischen Truppen aus dem Territorium der ehemaligen DDR abzuziehen versprochen hatten. All das wurde als Gorbatschows Verdienst betrachtet. Außerdem verfügte er über die Macht. Mit V. Bartusevičius könnte die deutsche Politik dieser Zeit als Kaufmannspolitik bezeichnet werden.<sup>34</sup> Für einen Kaufmann ist es sehr wichtig, äußere Sicherheit, Bedingungen des Wohlstandes zu erhalten. Das bedeutet, einen mächtigen Partner politisch nicht zu verärgern. Eine solche Einstellung konnte ich während einer Reise durch das Land Hessen beobachten. Die Politiker äußerten sich damals sehr vorsichtig, obwohl Zeitungen (z. B. die „Frankfurter Allgemeine“) den baltischen Ländern starken Beistand versprochen. Bald danach hatte ich in Vilnius Gelegenheit mit Egon Bahr zu diskutieren. Er riet uns, vorläufig unrealistische Formulierungen möglichst zu vermeiden, wie es die Bundesrepublik Deutschland während der Berlin-Verhandlungen gemacht habe.

Indessen wurde diese gezwungene Vorsicht nach dem mißlungenen Moskauer Putsch im August 1991 wie vom Winde verweht. Deutschland war der erste große Staat, der am 27. August 1991 nicht nur die Republik Litauen anerkannte, sondern zu ihr auch diplomatische Beziehungen wieder aufnahm. Mit unerwarteter Entschlossenheit erschien in Vilnius der bevollmächtigte Botschafter Deutschlands.

---

<sup>34</sup> Ebenda Nr. 43.

Die Beziehungen zwischen beiden Ländern gewannen, ungeachtet aller objektiven Schwierigkeiten, zwischenstaatlichen Charakter.

Insgesamt kann man behaupten, daß der deutsche Faktor im Laufe des ganzen 20. Jahrhunderts eine der wichtigsten Voraussetzungen bei der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Litauens und seiner Existenz als Staat war. Bis 1940 stellte diese Unabhängigkeit einen Bestandteil der Beziehungen zwischen Deutschland und der UdSSR und der Politik dieser beiden Länder dar. Wegen des polnischen Faktors besaß Litauen die Möglichkeit, dazwischen zu balancieren und zu existieren. Bei den vorhandenen Expansionsplänen und -ideen bestand für Litauen die größte Gefahr darin, daß sich in Deutschland ebenso wie in der UdSSR der Plan der „Notwendigkeit der direkten Grenze“<sup>35</sup> ohne Zwischenstaaten fest einwurzeln konnte. Und das ist leider geschehen. Trotz der daraus resultierenden schmerzhaften und großen Verluste hat man in Litauen Deutschland nicht als ständigen Staat-Besitzer eingestuft. Psychologisch wurde der Begriff des Feindes vermieden.

Die Geschichte der internationalen Beziehungen während der letzten Jahre und Jahrzehnte zeigt: Je demokratischer der Staatsaufbau in Deutschland war, umso stabiler und sicherer war die Lage Litauens. Selbst nach Kriegsniederlagen und im inneren Krisenzustand blieb Deutschland eine Großmacht, die auf die Unabhängigkeit ihrer kleineren Nachbarn Einfluß hatte.

In Litauen weiß man sehr wohl, daß Deutschland und Rußland auch weiter als riesige Berge am internationalen Horizont Litauens emporragen werden; nur durch sie wird Litauen Beziehungen zu den USA und Japan anknüpfen können. Weniger Probleme dürften Polen und Mitteleuropa und wahrscheinlich gar keine Skandinavien bereiten. Gerade die skandinavischen Länder entfalteten die größten diplomatischen Aktivitäten hinsichtlich der baltischen Staaten, was Deutschland nicht erwartet hatte.

Der Großteil der litauischen Politiker zweifelt nicht an einer künftigen aktiven Politik Deutschlands gegenüber den baltischen Ländern; sein gegenwärtiges Verhalten wird als „ruhige Vorbereitung auf Expansion“ bezeichnet; man versteht darunter — natürlich — die künftige Vorwärtsbewegung deutschen Kapitals und ökonomischen Einflusses in östlicher Richtung.

---

<sup>35</sup> R. Ozolas, Aiškėjimas (Erklärung), in: Atgimimas. 12.-19. Dezember 1991, Nr. 51.

Indessen ist höchstwahrscheinlich schon der Zeitpunkt gekommen, daß, wenn ein Ausländer auf der Landkarte Deutschland zeigt und fragt: „Litauer, was für ein Land ist das?“, wir außer allem Zweifel antworten: „Das ist das Land unserer Freunde“.